



die lobby für kinder

Eine Schule für Alle.

Gemeinsame Pressemeldung

12. November 2007

Sperrfrist: 12.11.2007, 12.30 Uhr

Kinderschutzbund und mittendrin e.V. fordern Taten

DKSB und Kongress „Eine Schule für Alle“ fordern das Recht auf Bildung für alle Kinder

Der Deutsche Kinderschutzbund e.V. und der Verein mittendrin e.V. fordern ein integratives Bildungssystem und einen sofortigen Stopp der Ausgrenzung von Kindern. Die Landesregierung wird zum Handeln und damit zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte behinderter Menschen aufgefordert, die ein inklusives Bildungssystem verlangt. Es muss endlich Schluss sein mit dem Aussortieren von Kindern in Sonderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien: es muss eine Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder in NRW geben!

„Das frühzeitige Aussortieren der Kinder beschneidet Lebensperspektiven“ sagt Dieter Greese, Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes Nordrhein-Westfalen, „und das gängige Abschieben von Kindern auf die Hauptschule oder die Sonderschule fügt den betroffenen Kindern seelische Verletzungen zu. Das ist ein Schlag fürs Selbstbewusstsein, der die Kindern in ihrer Entwicklung dauerhaft zurückwirft.“ Der Besuch einer „normalen“ Schule darf einem Menschen mit Behinderung nicht verweigert werden. „Die Bundesländer werden sich in ihrer Schulpolitik auf die internationale Rechtslage einstellen müssen“, sagt Eva-Maria Thoms, Vorsitzende des Vereins mittendrin e.V., der den Kongress „Eine Schule für Alle“ unter Beteiligung vom Deutschen Kinderschutzbund e.V. vom 16. bis 18. November in Köln veranstaltet.

Obwohl bereits am 30. März 2007 die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen (auf ein inklusives Bildungssystem) von der Bundesregierung unterzeichnet wurde, steigen die Zahlen der Schüler, welche auf die Sonderschulen geschickt werden. Hierbei geht es nicht nur um Kinder mit Behinderung, sondern auch um lernschwache oder schwierige Kinder. Schon in jungen Jahren werden die Weichen für eine Zukunft in der Behindertenwerkstatt, in Arbeitslosigkeit und Armut gestellt. Behinderte Kinder und Lernschwache landen in der Sackgasse. Dem sollte mit der UN-Konvention entgegengewirkt werden, doch nichts in Bezug auf Chancengleichheit passiert. Deutschland ist Schlusslicht in Europa, NRW erreicht nicht einmal den Bundesschnitt. Es ist höchste Zeit zu handeln, erst recht jetzt im europäischen Jahr der Chancengleichheit.

Allein in NRW gehen 108.000 Kinder in Sonderschulen. Nach bildungspolitischem Konsens sollen behinderte Kinder zusammen mit nicht-behinderten Kindern in allgemeinen Schulen unterrichtet und dort gefördert werden. Dieser Konsens wird in Deutschland komplett ignoriert. 87% der behinderten Kinder werden hierzulande in Sonderschulen unterrichtet, in NRW sogar 91 %. Wir sehen das als Ausgrenzung. Eltern, die für ihre Kinder Integration wollen, werden gezwungen sie in der Sonderschule anzumelden.

Die Landesregierung soll endlich das leisten, was national und international beschlossen wurde: die Integration behinderter Kinder in die allgemeinen Schulen. Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, zum Vorreiter einer modernen Bildungspolitik zu werden und das internationale Recht auf inklusive Bildung als eines der ersten Bundesländer umzusetzen in einer Schule für Alle – mit bedarfsgerechter Binnendifferenzierung.

Ansprechpartner: Eva-Maria Thoms (mittendrin e.V. Tel.: 0171 5409788), Ellen Brombach (Deutscher Kinderschutzbund NRW, Tel.: 0179 1116714)